

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Christoph Matznetter,
Genossinnen und Genossen

Betreffend: Sicherung des Budgets durch Preisregulierung statt Almosenpolitik

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 7 Bericht des Budgetausschusses über den Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2021 (III-654/1671 d.B.)

Der Budgetvollzug und der Bundesrechnungsabschluss des Jahres 2021 war noch geprägt durch die Auswirkungen der Corona-Krise. Diese wurde nunmehr von der Teuerungskrise abgelöst. Die Maßnahmen, die man in einer der größten Krisen der letzten Jahre in diesem Zusammenhang setzt, haben natürlich gravierende Auswirkungen auf das Budget 2022 sowie die Folgejahre. Umso wichtiger ist es, jetzt die richtigen Maßnahmen zu setzen, aus den Fehlern der Vergangenheit – wie zum Beispiel den Corona-Förderungen – zu lernen. Das Tohuwabohu rund um den Klimabonus ist nur eines von vielen Beispielen, das zeigt, dass die Politik von Gutscheinen und Einmalzahlungen zur Bekämpfung der Teuerung krachend gescheitert ist. Im Jänner 2021 hat die Bundesregierung einen Energiegutschein in Höhe von 150 Euro konzipiert. Schon damals war klar: Das wird zu wenig sein. Noch skurriler ist jedoch die Tatsache, dass heute – 9 Monate später – bei nicht einmal 10% der Haushalte diese Hilfe in der Geldbörse angekommen ist. Rasche Hilfe sieht anders aus. Beim Klimabonus hat man es gleichzeitig tatsächlich zustande gebracht, diesen zwar an Tote nicht aber an Neugeborene auszuzahlen. Dass dabei offenbar sensible Daten an private Firmen zur Verarbeitung weitergegeben wurden, wurde von Datenschützern massiv kritisiert. Diese Beispiele könnten beliebig fortgesetzt werden. Das Regierungshandeln liest sich wie ein Kabarettprogramm. Man hat das Ausmaß des Problems und der großen Herausforderung nicht richtig eingeschätzt und zu Beginn der Krise seitens der Regierung von einer „Teuerungshysterie“ gesprochen. Ein Plan, wie die Teuerung effizient bekämpft werden kann existiert nicht. Die weit überwiegende Mehrheit der Regierungen in der Europäischen Union haben preissenkende Maßnahmen in Form von Markteingriffen, Preisregulierungen oder Steuersenkungen gesetzt. Diese Länder machen es aus gutem Grund, weil sie erkannt haben, dass eine permanent hohe Inflation nicht ausschließlich mit Einmalzahlungen bekämpft werden kann. In Österreich schließen gerade die ersten Betriebe Produktionslinien und schicken Menschen in Kurzarbeit, weil sie die Energiekosten nicht mehr stemmen können.

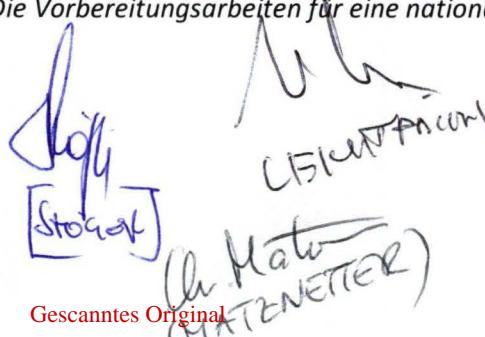
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Sinne einer nachhaltigen Budgetentwicklung die Politik der Gutscheine und Einmalzahlungen zu beenden und stattdessen einen gezielten aber wirkungsvollen Markteingriff vorzunehmen. Die Gas- und Strompreise sollen über einen öffentlichen Gaseinkauf – bestenfalls auf europäischer Ebene – und einen gestützten Gaspreis gedeckelt werden, da ohne eine solche Maßnahme der österreichische Industriestandort massiv gefährdet und hunderttausende Arbeitsplätze am Spiel stehen würden. Die Vorbereitungsarbeiten für eine nationale Umsetzung sollen umgehend aufgenommen werden.“


[Stöger]


Siegli
[Stockal]
UFG (UFG Vor)
Dr. Matz
(MATZNETTER)


Vogel
[Kollross]
(KOLLROSS)